

Amris Spuren in die Schweiz mehren sich

Bis vor kurzem haben die Schweizer Behörden keine direkte Verbindung des Berliner Attentäters hierher erkannt. Das ist nun anders.

**Lukas Häuptli,
Andreas Schmid**

Am 23. Dezember teilte das Bundesamt für Polizei (Fedpol) mit, dass es keinen direkten Bezug von Anis Amri, dem Attentäter von Berlin, zur Schweiz festgestellt habe. Diese Beurteilung galt bis vor wenigen Tagen, als die hiesigen Behörden Hinweise aus Deutschland erhielten, wonach Amri Kontakte in die Schweiz unterhalten hatte.

Der 24-jährige Tunesier fuhr am 19. Dezember mit einem Lastwagen in einen Berliner Weihnachtsmarkt und tötete zwölf Menschen. Vier Tage später wurde er in Mailand erschossen.

Offensichtlich lassen Daten vom Telefon des Attentäters auf Beziehungen hierher schliessen. Jedenfalls eröffnete die Bundesanwaltschaft am Mittwoch ein Verfahren gegen Unbekannt. Am Freitag berichtete das Zweite Deutsche Fernsehen ZDF, Amri habe sich mehrmals in der Schweiz aufgehalten, möglicherweise sogar länger. Zudem habe er die Tatwaffe hier beschafft.

Fedpol-Sprecherin Lulzana Musliu will diese Informationen nicht kommentieren. Sie sagt nur, man prüfe jeden Hinweis und sei mit den deutschen Behörden in Kontakt. Dass man noch vor zwei

Wochen nicht von einem direkten Bezug zur Schweiz gesprochen habe, liege daran, dass Amri hier in keiner polizeilichen Datenbank auftauche. Das heisse aber nicht, dass er nie hier gewesen sei.

Ob der Nachrichtendienst des Bundes (NDB) zu irgendeinem Zeitpunkt Informationen aus dem Ausland über Amri erhalten hatte, ist nicht bekannt. Eine NDB-Sprecherin sagt, man äussere sich grundsätzlich nicht zu Hinweisen, die man von Partnerdiensten bekomme. Deutsche Sicherheitsbehörden sollen laut Medienberichten 2016 vom marokkanischen und tunesischen Geheimdienst gewarnt worden sein, Amri plane Anschläge.

Hinweise zu Personen, zur Tatwaffe oder zur Logistik kläre die Bundesanwaltschaft derzeit ab, sagt Sprecherin Linda von Burg. «Zurzeit gibt es jedoch keinerlei gesicherten Informationen.»

Spekulationen, wonach Amri in islamistischen Kreisen in Winterthur und Basel verkehrte oder zumindest Kontakte dorthin pflegte, blieben bisher unbestätigt. Der «Sonntags-Blick» verwies auf eine Verbindung Amris zu einem radikalen Prediger, der über soziale Netzwerke mit Gesinnungsgenossen in Winterthur und Basel kommuniziert.

Angehörige Amris hatten kurz nach der Tat gesagt, er sei 2015 in der Schweiz gewesen. Zudem soll er letzten Sommer daran gehindert worden sein, mit einem Fernbus aus Deutschland nach Zürich zu reisen.



Wenn die Stellensuche in einem regionalen Arbeitsvermittlungszentrum nicht zum Erfolg führt, helfen vielleicht andere. (Bern, 11. 11. 2014)

Inländervorrang, aber richtig

Wie eine private Stiftung erfolgreich Langzeitarbeitslose reintegriert

Die Stiftung für Arbeit und Weiterbildung vermittelt Ausgesteuerten neue Jobs. Der Erfolg ist so gross, dass Politiker aller bürgerlichen Parteien darin eine Lösung für den Inländervorrang sehen.
Stefan Bühler

Für Frau M. hat das neue Jahr gut angefangen. Seit Dienstag arbeitet sie als Verkäuferin in einer Spar-Filiale in der Zentralschweiz. Für die 55-Jährige ist damit eine lange Leidenszeit zu Ende gegangen. «Mir fällt eine Riesenlast vom Herzen», sagt sie. Denn Frau M. war langzeitarbeitslos. Ihre letzte Anstellung hatte sie von 2010 bis 2012, dann lief der befristete Vertrag aus.

«Zuerst dachte ich, ich werde schon etwas Neues finden, darum meldete ich mich nicht sofort arbeitslos», sagt sie. Doch auf ihre Bewerbungen erhielt Frau M. eine Absage um die andere, obwohl sie einst die Handelsschule absolviert hatte und Erfahrungen im Gesundheitsbereich sowie als selbständige Bäuerin vorweisen konnte. «Ich wusste nicht: Liegt es an der Art meiner Bewerbung? Ist es das Alter? Ich versuchte, selbstbewusster aufzutreten. Nichts hat geholfen.» Als sie sich dann doch arbeitslos meldete, verlief die Suche trotz Hilfe der regionalen Arbeitsvermittlungsstelle (RAV) nicht besser. Schliesslich wurde Frau M. ausgesteuert.

Es war der Sozialdienst, der sie mit der Schweizerischen Stiftung

für Arbeit und Weiterbildung (SSAW) in Kontakt brachte. Diese hat sich die Stellenvermittlung für Arbeitslose und Ausgesteuerte zum Ziel gesetzt, insbesondere für über 50-Jährige. Und sie tut dies laut dem Geschäftsführer und Delegierten des Stiftungsrats, Tino Senoner, mit Erfolg: 155 Sozialhilfebezügler haben 2016 am Programm der SSAW teilgenommen. Davon haben rund 70 Personen direkt oder nach einem mehrmonatigen Praktikum eine Stelle gefunden. Die Erfolgsquote beträgt damit fast 50 Prozent. Den Aufwand für eine erfolgreiche Vermittlung eines Langzeitarbeitslosen beziffert Senoner auf knapp 2300 Franken. Gemessen an den Kosten, die ein Sozialhilfeempfänger pro Monat verursacht, ist das gut investiertes Geld.

Vermittlung per Computer

Das System der SSAW beruht zunächst auf dem Goodwill aller Beteiligten: Sowohl die Stellensu-

chenden als auch die Arbeitgeber machen freiwillig mit. Vor allem bei den kleinen und mittleren Unternehmen erfährt Senoner dabei viel Unterstützung: Von 45 Firmen, die er angefragt habe, Praktika für Ausgesteuerte anzubieten, habe nur eine abgesagt. Zu den Firmen, die bereits seit einiger Zeit mitmachen, zählt die Spar-Kette, die vor Frau M. schon mehreren anderen Langzeitarbeitslosen eine Chance für den Wiedereinstieg geboten hat.

Im Gegenzug verspricht die Stiftung den Unternehmern, ihnen möglichst passende Kandidaten zu vermitteln. Dabei kommt ein eigens entwickeltes computerbasiertes Verfahren zum Einsatz, das die Kompetenzen der Bewerber mit den präzisen Anforderungen der offenen Stellen abgleicht. «Viel umfassender, als dies bei einer Bewerbung meist getan wird», wie Senoner sagt. So unterscheidet sein System zum Beispiel deutlich mehr verschiedene IT-Berufe als die offizielle Statistik des Bundes, «weil längst nicht jeder IT-Fachmann jedes Programm beherrscht». Dadurch erziele die SSAW «ein überdurchschnittliches Matching - die Stellensuchenden finden die passende Stelle, der Arbeitgeber den passenden Arbeitnehmer». Wo nötig, erhalten die Arbeitslosen zudem eine Weiterbildung und ein mehrwöchiges Coaching.

Mit der Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative sieht Senoner nun ein neues Betätigungsfeld: den Inländervorrang,

wie ihn das Parlament beschlossen hat. Ob dieser effektiv die Zuwanderung zu bremsen vermöge, sei zwar fraglich, sagt Senoner, «aber wenn wir ihn schon haben, dann müssen wir den Inländervorrang auch leben».

Wettbewerb geplant

Darum strebt er nun ein Pilotprojekt in mehreren Kantonen an, an dem zwei Gruppen von Stellensuchenden teilnehmen sollen: Eine Gruppe wird von den offiziellen RAV betreut, die andere durchläuft das Verfahren der SSAW. Eine unabhängige wissenschaftliche Stelle soll hernach die Resultate überprüfen und vergleichen.

Bereits hat Senoner Politiker aller grossen bürgerlichen Parteien gewinnen können: FDP-Nationalrat Hermann Hess hat mit einem finanziellen Beitrag dafür gesorgt, dass die SSAW ihr Angebot in der Ostschweiz aufbauen kann. In Freiburg macht sich der langjährige Wirtschaftsminister und heutige CVP-Ständerat Beat Vonlanthen für ein Projekt stark. Den grössten Support erhält Senoner aber von Franz Grüter, SVP-Nationalrat aus Luzern und als solcher wahrlich kein Freund des Inländervorrangs à la Parlamentsbeschluss. Der IT-Unternehmer ist aber schon lange Stiftungsrat und massgeblicher Geldgeber der SSAW. Er sieht in ihrem Modell «eine pragmatische Lösung, den Inländervorrang mit möglichst wenig Bürokratie und möglichst grossem Nutzen umsetzen zu können».

Schub für Referendum gegen MEI-Umsetzung

Keine Partei unterstützt das Referendum gegen die Umsetzung der Zuwanderungsinitiative. Nun sammelt aber eine grössere Organisation Unterschriften.
Francesco Benini

Bisher war es ein versprengter Haufen, der Unterschriften sammelt gegen die Umsetzung der Masseneinwanderungsinitiative (MEI), wie das Parlament sie vergangenen Dezember beschlossen hat. Nenad Stojanovic, ein Tessiner Politologe und SP-Mitglied, ergriff das Referendum, dann gesellte sich das Komitee «Nein zum Verfassungsbruch» dazu, eine Gruppe parteiungebundener Bürger. Beiden fehlt die Infrastruktur und die Erfahrung, um bis Anfang kommenden April 50 000 Unterschriften zusammenzubringen.

Jetzt meldet der parteilose Zuger Kantonsrat Willi Vollenweider, vormals SVP-Mitglied, seine Unterstützung an. Er ruft das Referendumskomitee «Bürgerbewe-

gung.ch» ins Leben. Vollenweider ist Präsident der Gruppe Giardino, die sich für eine starke Milizarmee einsetzt. 2016 war die Gruppe Giardino federführend in der Unterschriftensammlung gegen die vom Parlament beschlossene Weiterentwicklung der Armee - und brachte immerhin 44 000 Unterschriften zusammen. Keine Partei unterstützte das Referendum. Willi Vollenweider erklärt auf Anfrage, er werde nun auf eine gewisse Infrastruktur zurückgreifen können. Mit Stojanovic und dem Komitee «Nein zum Verfassungsbruch» steht er bereits in Kontakt.

Im Dezember hatte das Parlament eine Vorzugsbehandlung für Stellensuchende beschlossen, die bei der Arbeitsvermittlung gemeldet sind. Vollenweider sieht darin einen Verfassungsbruch, Mitstreiter Stojanovic hingegen will das Referendum zustande bringen und dann Ja stimmen, damit die SVP nicht länger gegen den «Verfassungsbruch» und den «Verrat am Volk» wettern kann.



winter wonderland since 1856

Engadiner Wintermärchen in verschneiter Landschaft mit über 350 km perfekt präparierten Pisten in drei Skigebieten. Dazu die traumhafte Atmosphäre des historischen Kulm Hotels.

Kulm Ski Special: 7 Nächte ab CHF 2'595.- pro Person im Doppelzimmer, inklusive Skipass.

Gültig: 13.-25.01.17 / 01.03.-01.04.17

Kulm Hotel · 7500 St. Moritz
T +41 81 836 80 00 · www.kulm.com



Geschäftsführer Tino Senoner.


**KULM HOTEL
ST. MORITZ**
★★★★★

